

Zürich, 22. April 2026

## Medienmitteilung

### Bundesratsentscheid zur Bankenregulierung

# Überregulierung schwächt den Finanzplatz

**Die heute vom Bundesrat vorgelegten Entscheide zur Bankenregulierung drohen den Bankenplatz Schweiz erheblich zu schwächen. Zentrale und breit vorgebrachte Einwände von Kantonen und Wirtschaft wurden übergangen. Das Parlament ist nun gefordert, die erforderlichen Korrekturen vorzunehmen.**

Mit dem Festhalten an seinem Maximalvorschlag zur Eigenmittelunterlegung ausländischer Beteiligungen im Stammhaus systemrelevanter Banken übergeht der Bundesrat die überwiegend kritischen Rückmeldungen von Kantonen und Wirtschaft. Es droht ein Schweizer Alleingang, der den Finanzplatz schwächt. Gemäss einer kürzlich veröffentlichten Studie von BAK Economics muss über zehn Jahre mit bis zu 34 Milliarden Franken Einbussen bei der Wertschöpfung, bis zu 6'300 gefährdeten Stellen und bis zu 6,4 Milliarden Franken tieferen Steuereinnahmen gerechnet werden. Gleichzeitig würden Kredite für Unternehmen und Private teurer und knapper, Investitionen geschwächt und die Attraktivität des Standorts unter Druck geraten.

Besonders stark unter diesen Einbussen leiden würde die Region Zürich als Hauptsitz der von der geplanten Verschärfung der Kapitalvorschriften allein betroffenen UBS. Aktuell erarbeitet der Finanzplatz Zürich 44 Prozent der Wertschöpfung des gesamten schweizerischen Finanzsektors und beheimatet 43 Prozent seiner Arbeitsplätze.

Gerade unter dem Gesichtspunkt der angestrebten Stabilität ist die vorgeschlagene institutsspezifische Extremlösung mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten der falsche Weg. Um eine Stärkung der Stabilität des Bankenplatzes mit verhältnismässigen, international abgestimmten Instrumenten zu ermöglichen, ist nun das Parlament gefordert.

### Korrekturen bei der Eigenmittelverordnung werden begrüsst

Begrüsst wird die Berücksichtigung von Kritikpunkten aus der Vernehmlassung in der Eigenmittelverordnung. Positiv ist insbesondere, dass die allermeisten Banken neu von zusätzlichen Verschärfungen ausgenommen werden. Die für die übrigen Banken vorgesehenen neuen Bewertungen für spezielle Bilanzpositionen wie Software gehen zwar über den internationalen Standard hinaus, sind aber mit konkurrenzierenden Finanzplätzen abgestimmt und deshalb für den Finanzplatz tragbar.

## **Gesamtschau fehlt nach wie vor**

Schwer nachvollziehbar ist es, dass der Bundesrat seine Entscheide mit Nachdruck als «Elemente eines ausgewogenen Gesamtpakets» darstellt. Obwohl mehrfach gefordert, fehlt bis heute eine umfassende Darstellung und Beurteilung des vorgesehenen regulatorischen Pakets zur Stärkung des Finanzplatzes.

[Download](#) der BAK-Studie zum TBTF-Kapitalregime

[Download](#) der Studie «Der Zürcher Bankensektor»

## **Über den Zürcher Bankenverband**

*Der Zürcher Bankenverband (ZBV) vertritt die Interessen des Zürcher Finanzplatzes gegenüber Behörden, Politik und Öffentlichkeit. Er steht ein für einen international führenden, nachhaltigen, zukunftsgerichteten und innovativen Finanzplatz Zürich, der das Rückgrat eines wettbewerbsfähigen und offenen Wirtschaftsraums bildet und sich unter optimalen Rahmenbedingungen entwickeln kann. Er fördert den Informationsaustausch und die Vernetzung zwischen den Akteuren auf dem Finanzplatz und engagiert sich für die Aus- und Weiterbildung im Bank- und Finanzfach.*

*Mitglieder des Zürcher Bankenverbandes sind 41 Banken mit mehr als 40'000 Mitarbeitenden in der Region Zürich. Als assoziierte Mitglieder gehören ihm auch die wichtigsten Versicherungsgesellschaften auf dem Platz Zürich an. Die Schweizerische Nationalbank und die SIX Group AG sind als zugewandte Institute mit dem ZBV verbunden.*

Weitere Informationen: [zuercher-bankenverband.ch](http://zuercher-bankenverband.ch)

## **Kontakt**

*Christian Bretscher, Geschäftsführer*

*Telefon 043 244 55 83, E-Mail [cb@zuercher-bankenverband.ch](mailto:cb@zuercher-bankenverband.ch)*